

Commerzbank: Löchrige Ethik

- **Zur Hauptversammlung weisen NGOs auf kontroverse Geschäfte hin**
- **Trotz Kohle-Richtlinie: Unterstützung für polnische Kohleexpansion**
- **Trotz Rüstungs-Richtlinie: Unterstützung von Atomwaffenherstellern**

Frankfurt, 8.5.2018 Während sich die Commerzbank in den vergangenen Jahren neue Regeln für ihre Geschäfte mit Kohle- und Rüstungsfirmen gegeben hat, finanziert sie weiterhin massiv beide kontroverse Sektoren. Das kritisieren die NGOs urgewald, EKO-Unia (Polen) und ICAN zur heutigen Hauptversammlung.

Mit ihrer Kohle-Richtlinie von 2016 hat die Bank die Finanzierung von Neukunden aus Deutschland ausgeschlossen, die mehr als 30 Prozent ihres Stroms mit Kohle erzeugen. Bei ausländischen Kunden ist der Grenzwert mit 50 Prozent hingegen schwächer. Christina Beberdick, Kohle-Campaignerin bei urgewald, kritisiert: „Da sich immer mehr Staaten weltweit für eine Zukunft ohne klimaschädliche Kohle entscheiden, ist diese Aufteilung widersinnig. **Außerdem sollte die Commerzbank keine Unternehmen mehr finanzieren, die neue Kohlekraftwerke planen, zum Beispiel RWE oder die polnische PGE.**“ Es geht auch konsequenter: Die niederländische Bank ABN Amro schließt solche Firmen schon jetzt aus.

Gerade die Geschäfte in Polen offenbaren die Schwächen bei der Klima-Ethik der Commerzbank. Sie ist Haupteignerin der polnischen mBank, die ihrerseits mit den größten Kohlefirmen Polens Geschäfte macht, darunter Enea, PGE und ZE PAK. Enea ist einer der Hauptinvestoren hinter dem geplanten Kohlekraftwerk Ostrołęka C, das laut Experten neben den Klimaschäden auch zu 2.000 vorzeitigen Todesfällen durch seine Emissionen führen könnte. PGE und ZE PAK planen neue oder vergrößerte Braunkohle-Tagebaue. **„Wenn die Commerzbank es ernst meint mit dem Klima- und Gesundheitsschutz, sollte sie ihre Regeln auch auf ihre Tochter mBank anwenden. Sie sollte Firmen wie Enea, PGE und ZE PAK von einer Finanzierung ausschließen“**, fordert Katarzyna Kubiczek von der polnischen Umweltschutzvereinigung Eko-Unia.

Auch die Rüstungsrichtlinie der Commerzbank aus dem Jahr 2008 schließt fragwürdige Geschäfte nicht systematisch aus. So verweigert sie zwar die direkte Finanzierung der Lieferung von Waffen in Kriegs- und Spannungsgebiete. Möglich bleiben jedoch Finanzierungen von Unternehmen, die in Kriegs- und Spannungsgebiete liefern. **So ist zum Beispiel der umstrittene Rüstungskonzern Rheinmetall Kunde der Commerzbank.** Rheinmetall liefert Rüstungsgüter unter anderem an die Golfallianz im Jemen-Krieg.

Laut einer Studie der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) und der niederländischen Friedensorganisation PAX unterhält die Commerzbank zudem Geschäftsbeziehungen zu sieben von 20 untersuchten Atomwaffenproduzenten mit Investitionen im Gesamtwert von rund 1,3 Mrd. US-Dollar. Martin Hinrichs, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland, sagt: „Die Commerzbank beteiligt sich so weiter am weltweiten nuklearen Wettrüsten. Und dies, obwohl 122 UNO-Staaten im Juli vergangenen Jahres ein Atomwaffenverbot beschlossen haben. Andere wie der norwegische und der niederländische Pensionsfonds schließen Atomwaffenproduzenten bereits komplett aus.“

Weitere Informationen

ICAN-Studie zu Atomwaffen-Finanzierern:

<https://www.icanw.de/neuigkeiten/banken-finanzieren-atomares-wettruesten/>

Kontakte

Christina Beberdick, urgewald, 0157 52 89 99 86, christina@urgewald.org

Katarzyna Kubiczek, Eko-Unia: +48 669 147 997, kkubiczek@eko.org.pl (spricht Englisch)

Martin Hinrichs, ICAN Deutschland: 0151 68 55 73 74, martin@icanw.org